Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Vereinigten Staaten im Lichte der letzten Präsidentenwahl.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Körnchen Wahrheit in jener Behauptung, daß Deutschland auch ohne die Schlacht bei Königsgrätz allein durch den Zollverein zu politischer Einheit gelangt wäre. Wenn dem so ist, so kann es für die Stärkung unsrer politischen Einheit nicht unwesentlich sein, daß jene beiden alten Städte, die den Ruhm ihrer hanseatischen Überlieferungen und die seltene Würde freier Städte bewahrt haben, aber gleich den größten deutschen Königreichen ihre Vertreter in den Bundesrat entsenden, die hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl zwar nur mit thüringischen Kleinstaaten zu vergleichen sind, aber an wirtschaftlicher Kraft Württemberg und Baden übertreffen, endlich dem nationalen Wirtschaftsgebiete sich eingliedern. Im Gegenteil: indem Fürst Bismarck in einer Frage, wo es sich weder um Schutzzoll, noch um Freihandel handelte, sondern in der er ganz und vollkommen Recht hatte, fest blieb, und indem er sich entschloß, einen alten ehrsamen Zopf, der ja seine großen, unvergeßlichen Tage gehabt hatte, aber schon längst nicht mehr zur Verschönerung unsers Reichskörpers diente, mit kühner Hand abzuschneiden, hat er wieder angeknüpft an die schönsten Überlieferungen der deutschen Zollvereinsgeschichte. Indem die verbündeten Regierungen in der Hamburger Frage Hand in Hand mit dem Reichskanzler gingen, haben sie nur eine Pflicht nationaler Politik erfüllt, deren Erfüllung vielleicht schon früher hätte in Gang kommen sollen, aber auch jetzt sicherlich nicht zu spät kommt. Indem in dem Augenblicke, wo der Hohenzollern-Aar sich wieder so kräftig über Deutschlands Gaue und Stämme erhebt, die Ausführung der Reichsverfassung in einem ihrer wichtigsten Artikel, die endliche Befriedigung eines nationalen Wunsches, die endgiltige Regelung der deutschen Zollgrenzen erfolgt, wird der jungen Regierung Kaiser Wilhelms II. das schönste Angebinde, die verheißungsvollste Morgengabe zu Teil.

Die Vereinigten Staaten im Lichte der letzten Präsidentenwahl.

Seit einigen Jahren ist die Teilnahme Europas an dem politischen Leben der Vereinigten Staaten in beständiger Abnahme begriffen. Kein Wunder; der äußerlich wachsenden, ihre Bevölkerung im Riesenmaßstabe steigernden Republik hat das innere Wachstum, das der geistig-sittlichen Entwicklung, in einer auffallenden Weise gefehlt. Die Kritik, die sich gegen das immer mehr im schlimmsten Sinne sich amerikanisirende Frankreich wandte, mußte auch auf die Beurteilung des transatlantischen

Originals zurückwirken. Wie die französische Republik mit ihrer Untergrabung aller Autorität und Ehrfurcht alle Anstalt macht, zum abschreckenden Beispiel für die Nachbarvölker zu werden, so droht auch die neueste politische und soziale Geschichte der Vereinigten Staaten eher zur Warnung aufgestellt, als zur Nachahmung empfohlen werden zu müssen. Auch die Hoffnung auf eine neue, frische Kultur, welche die europäischen Kolonisten auf dem jungfräulichen Boden der neuen Welt zeitigen sollten, ist schon seit Jahren schwächer und schwächer geworden. Wie alle Kolonialreiche, trägt auch das nordamerikanische den Stempel geistiger Unselbständigkeit an sich. Es fehlt seinen Bürgern an Ursprünglichkeit, weil sie ihre Bildung dem Mutterlande fertig entlehnten und noch entlehnen, statt sie in neuer und eigenartiger Weise selbst zu gründen und zu entfalten. Es fehlt ihnen die Jugend, die lange Reihe reicher, weil heroisch durcharbeiteter Jahrhunderte, aus der die europäischen Völker jene Tiefe und Besonderheit ererbt und erworben haben, ohne die eine selbständige und hervorragende Volkswesenheit nicht zu Stande kommt. Wie jemand, der auf keine naive und fröhliche Kinderzeit zurückblicken kann, frühreif, frühernst und frühalt erscheint, so zeigen auch die scharfen Züge der Amerikaner schon jene einseitige und übermäßige Zuspitzung des Verstandes, die zwar zu großen technischen Wagnissen kühn und geschickt macht, die aber geradezu ungünstig ist für die Hervorbringung gleichmäßig großer Persönlichkeiten und eigenartiger, allgemein und dauernd wertvoller, weltwichtiger Gestaltungen und Geistesschöpfungen.

Die Vereinigten Staaten sind die früh alternde Wiederholung Englands, und zwar nicht des alten, ruhmreichen Cromwellischen Englands mit seinem göttlichen Gerechtigkeits- und Gottseligkeitseifer, sondern jenes neuern und absterbenden Großbritanniens, dessen Evangelium darauf hinausläuft, möglichst billig einzukaufen und möglichst viel und möglichst teuer an die gesamte übrige Welt zu verkaufen, gleichviel wie die übrige Welt dabei fährt. Dieser berühmte Grundsatz ist es denn auch gewesen, um den sich thatsächlich der ganze letzte Präsidentenwahlkampf von Ende Juni bis zum sechsten November gedreht hat. Die demokratische Partei stellte sich annähernd auf den Boden dieses englischen Grundsatzes. Sie verwahrte sich freilich dagegen, als die Vertreterin des unbeschränkten Freihandels angesehn zu werden, und gab vor, mit der von ihr vorgeschlagenen geringen Herabsetzung der Eingangszölle nur die Beseitigung der zunehmenden Erhöhung der Bundeseinnahmen über die Ausgaben im Auge zu haben. Aber indem die gegnerische republikanische Partei diese in der Mills-Bill verkörperte Maßregel als den ersten Schritt auf der schiefen Ebene, die zum vollen Freihandel führen müsse, angriff und wahrscheinlich machte, nahm der Kampf immer mehr inner- und außerhalb des Kongresses den Charakter eines grundsätzlichen Gegensatzes zwischen Schutzzoll und Freihandel an. Auch im demokratischen, volkswirtschaftlich nicht ganz einigen Lager hatte man Warnungsrufe vernommen, nicht alles auf eine so gefährliche Karte zu setzen.

Aber der Präsident und Präsidentschaftskandidat Cleveland zwang seiner Partei die Zolltariffrage als den Hauptinhalt des Wahlkampfes auf, weil er nur in diesem Zeichen siegen zu können hoffte. Es stand ihm in der That kein andrer Sammelruf von gleicher Zugkraft zu Gebote. Die Staatsdienstreformfrage ließ sich diesmal nicht zum Angelpunkte machen. Sie hatte im Herbst 1884 ihre Dienste gethan, sie hatte die unabhängigen Republikaner und Gegner Blaines, des damaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten, im Staate New-York der Fahne Clevelands gewonnen und dadurch den Sieg desselben herbeigeführt. Der demokratische Präsident versuchte es im Anfange seiner Verwaltung auch wirklich, die niedern Bundesämter ohne unmittelbare Rücksicht auf Parteidienstleistungen zu vergeben. Er ließ ferner eine Anzahl Republikaner bis zum Ablauf ihrer Amtszeit (vier Jahre) in ihren Stellen. Aber er sah sich doch später gezwungen, der heißhungrigen Strömung in der eignen Partei nachzugeben und bei Neubesetzungen den politischen Einfluß der Ämter in demokratische Hände zu liefern. Mit dem ewigen Personenwechsel in den Bundesämtern, mit den ewigen Neuwahlen in Bundesstaat, Einzelstaat und Gemeinde ist eben ein fester Beamtenstamm und Beamtenstand unvereinbar und unverträglich, und alle Versuche, ihn nach englischem Muster wenigstens für die Masse der untern Verwaltungsorgane zu schaffen, haben bis jetzt nur schwache Erfolge gehalten. Welche halbe Arbeit das erst seit 1882 bestehende Staatsdienstreformgesetz ist, erhellt schon daraus, daß in ihm von Pensionirung von Beamten mit keinem Worte die Rede ist. Während des diesjährigen Wahlkampfes ist denn auch von strenger Ausführung jenes Gesetzes, geschweige denn von seiner Erweiterung von keiner Seite ernstlich gesprochen worden. Nur daß republikanische Redner dem Präsidenten Cleveland einige Male den Vorwurf machten, seinen 1884 gegebenen Versprechungen untreu geworden zu sein.

Während somit dem demokratischen Präsidentschaftsbeamten nichts andres übrig blieb, als die Herabsetzung der Eingangszölle seiner Partei als Sammelruf aufzuzwingen, verließ sich die republikanische auf die bewährte Macht der Trägheit und auf den mächtigen Einfluß der unter dem Schutzzoll hoch entwickelten Großindustrie, und schrieb zum erstenmale den Grundsatz des Schutzzolls sans phrase, d. h. ohne alle frühern bundesschatzlichen Entschuldigungen, auf ihre Fahne. Es war vergebens, daß man auf demokratischer Seite auf den Widerspruch hinwies, in den dadurch die Republikaner mit ihren frühern Aufstellungen, mit ihren letzten Präsidenten Garfield und Arthur gerieten, die wiederholt die Ermäßigung der Eingangszölle empfahlen, um der Aufhäufung von Hunderten müßiger Millionen im Bundesschatze ein Ziel zu setzen und der Bevölkerung endlich einen Teil der Last der sogenannten Kriegssteuern abzunehmen. Es war umsonst, daß man den Bericht einer republikanischen Tarifkommission vom Jahre 1883 wieder abdruckte, worin eine viel weiter gehende Ermäßigung der Zölle empfohlen war, als die im Sommer des laufenden

Jahres im Hause des Kongresses angenommene Millsvorlage beantragt. Die Wahlergebnisse des sechsten November beweisen, daß der Norden (mit Ausnahme der kleinen Staaten New-Jersey und Connecticut) nicht allein wieder republikanisch geschlossen dem hartnäckig demokratischen Süden gegenübersteht, sondern daß er sogar in die südliche Phalanx eingebrochen ist und einen Staat, West-Virginien (mit sechs Wahlstimmen), aus der festen Gliederung herausgesprengt hat. Benjamin Harrison ist mit 239 Wahlstimmen gegen 162 (bestehend aus 147 der Südstaaten, 9 von New-Jersey und 6 von Connecticut) für Cleveland abgegebene zum Präsidenten für die Jahre 1889—1893 gewählt worden.

Dieser Ausgang ist ebenso überraschend für die Gegenwart wie beruhigend für die Zukunft. Schon während des Wahlkampfes zeigte sichs, daß mit Ausnahme der Großstädte (namentlich des Ostens) die Masse der Bevölkerung außer Stande war, einen scharf ausgeprägten und grundsätzlichen Gegensatz zwischen den beiden großen Parteien zu erkennen. Es handelte sich ja auf demokratischer Seite nur um eine Herabsetzung der bestehenden hohen Zollsätze um durchschnittlich sechs bis sieben Prozent, während auf republikanischer der Boden des Schutzzollsystems durch die im September endlich durchgedrückte Vorlage der republikanischen Mehrheit des Bundessenats an mehreren Punkten durchlöchert und verlassen war. Die für und wider den Schutzzoll gehaltenen Reden ließen namentlich die Bevölkerung des großen Nordwestens kalt, und daher machte sich schon früh eine Unsicherheit und Ungewißheit über die Richtung der schließlichen Entscheidung bemerkbar. Daher die beispiellos lange Session des Kongresses, der geradezu zu der Rolle eines stets neue Wahlkampfsmunition beschaffenden Lieferanten herabsank. Daher die (freilich nicht zur Annahme gelangten) Gesetzentwürfe zum Schutze der amerikanischen Arbeiter gegen die Überflutung europäischer Einwanderung. Daher das fast ohne Debatte durchgejagte, dem eben mit China vereinbarten Vertrage widersprechende drakonische Gesetz gegen den noch gefährlichern chinesischen Zuzug. Daher der gesetzgeberische Wettlauf beider Parteien gegen die Übergriffe der „Trusts", d. h. der Cartelle oder der Verbände der Großindustriellen, gegen die systematische Preistreiberei aller möglichen Waren durch die Syndikate des Großkapitals. Daher die fast ohne Debatte erfolgte Ablehnung des eben zwischen den Vertretern Englands und den Vereinigten Staaten vereinbarten kanadischen Fischereivertrages von Seiten des republikanischen Bundessenats, und die noch mehr vom Zaune gebrochene Drohung des demokratischen Präsidenten, die Kanadier durch Ausschluß von der bisherigen Warendurchfuhrbegünstigung auf amerikanischem Gebiete zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Daher in der letzten Woche des Oktober jenes schmähliche Gaunerstück eines republikanischen Zeitungsschreibers in Kalifornien, durch welches ein im Grunde harmloser Privatbrief des englischen Gesandten mittels der üblichen Vergrößerungsgläser einer gierig darüber herfallenden republikanischen Presse in ein ungeheuerliches Verbrechen, und was die Hauptsache, in willkommenstes politisches Parteikapital verwandelt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wurde. Und nun, um die entgegengesetzte Parteischale neu zu beschweren und den republikanischerseits ergatterten Vorteil wieder wett zu machen, die beispiellos hastige und rücksichtslose Beseitigung des Gesandten selbst durch den plumpen demokratischen Staatssekretär des die irischen Stimmen zu verlieren fürchtenden Präsidenten und Demokraten. Zuletzt, um das Maß des Ekels und der sittlichen Empörung zum Überlaufen zu bringen, auf demokratischer Seite der widrige, bis zum Verrat an der nationaleu Gesamtpartei sich steigernde Kampf um die städtische Ämterbeute in New-York zwischen den feindlichen Brüdern Tammany Hall und der Grafschaftsdemokratie, dessen Folge der Verlust des Staates New-York für Cleveland gewesen ist.

Als würdiges Seitenstück zu den demokratischen Wahlorgien ließen die Republikaner das Geld zum schamlosesten Stimmenkauf in den zweifelhaften und für sie unentbehrlichen Staaten New-York und Indiana arbeiten.

Kein Wunder, daß diesem wüsten Treiben, dieser monatelang dauernden Heuchelei und Durchsteckerei jetzt nach der Wahl eine tiefe Ernüchterung, ein allgemeines Gefühl der Beschämung, der Erniedrigung in den Augen Europas gefolgt ist, das in dem stark ausgedrückten Wunsche, diese traurige und entsittlichende Art der Wahlkämpfe denn doch wenigstens in größern Zwischenräumen als bisher über sich ergehen zu lassen, sich an den verschiedensten Stellen Luft gemacht hat.

Der New-Yorker Herald, dieser bereite Chloroformlieferant und Einschläferer des diesmal aufgeregten Gewissens einer durch und durch materialistischen Gesellschaft, ist mit dem Antrage auf Abänderung der Bundesverfassung vorangegangen und will die Amtszeit des Präsidenten auf sechs Jahre statt auf vier festgesetzt wissen. Gleichzeitig soll die unmittelbare Wiederwahl eines Präsidenten durch die Verfassung verboten werden. Die Annahme dieser Vorschläge wird jedoch lange auf sich warten lassen. Selbst wenn sie erfolgte, würde dadurch nur eine sehr oberflächliche Abhilfe für die weit tiefer wurzelnden Übel des verderbten Parteigetriebes zu gewinnen sein. Von andrer Seite — und zwar nicht nur von den unter der jetzigen Wahlart in ihrer Unabhängigkeit gefährdeten Arbeitervereinigungen — wird eine Abänderung der Wahlgesetze dahin gefordert, daß den jetzt allmächtigen Handlangern der alten Parteibeherrscher das Handwerk gründlich gelegt, und die Anfertigung wie Abgabe der Wahlzettel ihrer die Wahlfreiheit beeinträchtigenden Überwachung und Beeinflussung in jeder Richtung entzogen werde. Dabei wird das australische Wahlverfahren als Muster empfohlen, es ist auch bereits im Staate Massachusetts zum Gesetz erhoben worden, um nächsten Herbst seine erste Probe zu bestehen. Aber am Ende wird sich, wie früher bei dem als Allheilmittel gegen Wahlbetrügereien gepriesenen Registrationsgesetze (strenge Wählerlistenführung) auch bei dem neuen Gesetze nach einiger Zeit herausstellen, daß es allein, ohne eine gründliche Sinnesumkehr im Volke selbst, keine reinigenden und sittlichenden Wahlwunder wirken

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kann. Allerdings wird vielleicht die Bestechung in ihren gröbsten Formen aufhören, aber die Beeinflussung der Wähler durch die Macht und das Geld wird nicht ohne weiteres zu beseitigen sein. Daß sie bereits einen so hohen Grad erreicht hat, daß man sich nur durch immer neue Gesetze davor retten zu können glaubt, ist eben das Schlimme und Bedenkliche. Man wird vielleicht zu Zweifeln an der Zweckmäßigkeit des allgemeinen Stimmrechts getrieben werden, jedenfalls zu vorsichtigerer Gewährung des amerikanischen Bürgerrechts an europäische Einwanderer. Die weitere politische Entwicklung wird, wie es bereits durch das Bündnis der beiden alten Parteien der neuen Arbeiterpartei unter Henry George gegenüber im Herbst 1886 vorgeschattet wurde, zur Kampfaufstellung des Großkapitals in allen seinen Formen gegenüber den Gewerbe- und Arbeiterverbänden führen, und zwar wahrscheinlich zunächst im industriellen Großstaate New-York. Der Versuch, alle Staats- und Gemeindesteuern durch die einzige Steuer auf die Grund- und Bodenrente zu ersetzen, wie sie Henry George befürwortet, wird in New-York vielleicht früher unternommen werden, als man denkt, und die Unterordnung der reichen Minderheit unter die dann wirklich ans Ruder gelangte ärmere Mehrheit, welche die Verfallzeit Athens bezeichnet, wird sich vielleicht in der neuen Welt unter neuen Formen wiederholen. Und wenn nicht durch gewaltige Hebemittel eine sittliche Erneuerung der Volksseele ins Werk gesetzt wird, und zwar bei Zeiten, so wird der Schlußmacher der Geschichte, der Cäsar, der Diktator, nicht lange auf sich warten lassen. Ist doch schon jetzt die eigentliche Leitung der Republik in der Gewalt weniger. Sind doch schon jetzt die gesetzgebenden Körper der Einzelstaaten wie des Bundes nur die registrirenden Werkzeuge des in Eisenbahnen, in Kohlenbergwerken, in Großbetrieben aller Art angelegten Kapitals!

Schon im Jahre 1871 prophezeite der damalige Schriftsteller und jetzige Leiter der Union-Pacific-Bahngesellschaft, F. C. Adams, das Heraufsteigen eines Zeitalters neuer Cäsaren aus den Kreisen der den ganzen Kontinent beherrschenden Eisenbahnfürsten vom Schlage der Vanderbilts, Goulds, Scotts und Garretts.*)

*) In Amerika wird kein erfolgreicher militärischer Führer die abgenutzten Erfahrungen Europas wiederholen; eine gewaltsame Besitznahme der vollstreckenden Gewalt mit Unterdrückung der gesetzgebenden ist nicht wahrscheinlich. Alle Zeichen deuten eher auf die Bestechung der gesetzgebenden Körper und die unbemerkt allmähliche Übernahme der vollstreckenden Macht durch die Vereinigung jener Einflüsse, deren feindlichen Zusammenstoß wir geschildert haben, in einer einzigen kraftvollen Hand. Der Erie-Ring war die Verbindung einer großen Eisenbahngesellschaft mit dem bezahlten Proletariat einer Großstadt; Vanderbilt verkörperte den selbstherrlichen Cäsarismus unter der Form einer Aktiengesellschaft. Keiner von beiden konnte allein sich den Staat unterwerfen. Es fehlt somit vielleicht nur an einem Manne, der die Verbindung jener Machtmittel um einen Schritt weiter fördert, der den Cäsarismus zugleich in die Leitung der großen Körperschaften und des Proletariats einzuführen versteht, um unsre vielgerühmten Staatseinrichtungen dem Schicksal der Geschichtsvorgänge der alten Welt auszusetzen. C. F. Adams, Chapter of Erie, 1871.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der nur mittels militärischen Einschreitens und Blutvergießens unterdrückte Massenaufstand der Bahnbeamten der Pittsburger Linien im Juli 1877, der im Mai 1886 in Chicago erfolgte blutige Zusammenstoß zwischen Polizei und Anarchisten sind nur schwache Vorspiele der sich vorbereitenden Schlachten zwischen Kapital und Arbeit. Bisher hat der gesetzliche Sinn des anglosächsischen Stammes noch das Schlimmste abzuwenden vermocht. Aber der Glaube an die Unparteilichkeit der Staatsgerichtshöfe ist bereits stark erschüttert. Die Zeit wird kommen, wo die Arbeiter diese Gerichte ebenso mit ihren Werkzeugen besetzen, wie es früher die Millionendiebe vom Schlage Tweeds und die Eisenbahnlinienerschwindler vom Schlage Firks und Goulds verstanden haben, ihre Geschöpfe von den bezahlten Horden der Demokratie mittels der Stimmzettel auf die Richterbänke New-Yorks erheben zu lassen. Oder man wird die Arbeiter an ihrer Herrschaftserringung durch andre Mittel als bloße Spaltung in ihren Reihen und Bestechung verhindern müssen. Das Grundübel liegt aber oben wie unten in der verhängnisvollen Einseitigkeit des Lebensinhalts und Lebenszieles, in der maßlosen Jagd nach dem Dollar, in der Abmessung und Abschätzung aller Dinge und Menschen nach dem brutalen Geldwerte. In einem Lande, wo der Dollar allmächtig ist, wo „die Sünde, nicht reich zu sein, nur durch den Eifer gebüßt wird, reich zu werden", sind uneigennützige Arbeiter für das Wohl des Ganzen selten und unwahrscheinlich. Es fehlt in der reinen Demokratie das Gegengewicht, der ruhende Punkt, jene ausgleichende, unabhängige Macht der Gerechtigkeit und Billigkeit, die, über den feindlichen Gegensätzen stehend, sie von Stufe zu Stufe zu versöhnen, die Heftigkeit ihres Zusammenstoßes zu mäßigen und im Notfall zu brechen vermag.

In der nordamerikanischen Republik herrscht die Selbstsucht in ihrer rohesten Form. Es handelt sich heutzutage bei dem politischen Treiben nicht mehr um Politik, sondern um Geld und Geldeswert. Längst hat der Ehrgeiz aufgehört, die Stelle des Gemeinsinns, des Patriotismus zu ersetzen. Die Ämter stehen nicht mehr dem Begabten, dem Verdienten, sondern nur noch dem Reichen offen. Die Ernennungen zu den Ämtern, die Kandidaturen haben in Großstädten wie New-York ebenso bereits ihre vorherigen festen Preise wie die nachherigen sicheren Erwählungen ihre bestimmten Kostensätze.

Man wird vielleicht erstaunt fragen, wie es denn möglich sei, daß eine solche Herrschaft der Beutepolitiker und ihrer geübten Söldnerbanden von Proletariern von den anständigen Schichten der Bevölkerung so lange geduldet wird. Ohne Zweifel giebt es Hunderttausende von Bürgern, welche die Gefahren der sich ausbreitenden politischen Fäulnis erkennen, und namentlich auch die schlimmen Folgen, die das ekle Bündnis der demokratischen Gewerbepolitiker mit den zahllosen Schnaps- und Bierwirtschaften der Großstädte ausbrütet. Aber statt zu begreifen, daß es der Mangel an feinerer Geselligkeit, daß es die Unfertigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt ist, die namentlich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bei den Deutsch- und Irisch-Amerikanern die wüste Roheit des Kneipenlebens zwar nicht entschuldigen, aber doch teilweise erklären, weiß der puritanische Eifer des Anglo-Amerikaners sich keinen andern Rat, als dem Verkauf aller berauschenden Getränke den Krieg zu erklären, und von (undurchführbaren) Verboten die wunderbare Heilung tief eingerissener schlechter Gewohnheiten und nationaler Sitte oder Unsitte zu erwarten.

Und indem die republikanische Partei diesen trügenden Hoffnungen der Temperenzler und Prohibitionisten verschmitzt Vorschub leistet, um nur ihre möglicherweise den Ausschlag gebenden Stimmen bei Präsidentenwahlen u. s. w. sich zu sichern, drängt sie gerade dadurch die Bürger europäischer Geburt, und darunter namentlich die Deutschamerikaner in das demokratische Lager zurück, wo sie die Verteidiger der sogenannten persönlichen Freiheit zu sehen wähnen und von ihren zu bloßen Geschäften gewordenen Zeitungen zu sehen belehrt werden. Das „deutsche Element" kann unter solchen Umständen keinen sonderlich reinigenden Einfluß auf den trüben Strom des politischen Lebens ausüben. Das „Hemd" der Bierfreiheit ist ihm näher als der „Rock" des amerikanischen Bürgers, d. h. als die Beteiligung an der wirksamen Bekämpfung der allgemeinen Verderbnis. Und so tragen die Deutschamerikaner durch ihr engherziges Verhalten und ihr beschränktes Sonderwesen geradezu zur Stärkung dieser Korruption bei, die in Tammany Hall-Klubs und andern Leithammelverschwörungen ihre Malepartushöhlen seit Jahrzehnten besitzt und zu bewahren weiß. Dazu kommt die finanzielle Abhängigkeit dieser Schnaps- und Bierwirtschaften von wenigen großen Brauer- und Schnapsfirmen. Von zehntausend solchen Wirtschaften in der Stadt New-York sind 1908 im Besitz von 20 Schnapshändlern und Bierbrauern, die Hypotheken im Betrage von 1702136 Dollars darauf haben. Ferner sind 4710 weitere Wirtschaften mit Hypotheken von nahezu fünf Millionen belastet. Von diesen Schuldforderungen besitzt eine einzige Firma, Bernheimer und Schmidt, sechshundert, der Brauer Ehret nicht weniger als dreihundert. Man begreift die unwiderstehliche Macht, die in den Händen dieser Großgläubiger liegt. Sie können bei Wahlen die Mehrzahl der zehntausend Wirtschaften mit einem Male in politische Thätigkeitsheerde in bestimmter Richtung verwandeln. Ohne Zweifel verdankt der korrupte demokratische Gouverneur Hill seine Wiederwahl im November der vereinten eifrigen Unterstützung der New-Yorker Brauer, Schnapshändler und ihrer Wirtschaftstrabanten. Hatte er doch im Frühjahr durch seinen Einspruch die hohe Besteuerung aller Schankgeschäfte, welche die republikanische Staatsgesetzgebung beschlossen hatte, glücklich wieder für das Jahr verhindert. Ein solcher Dienst mußte belohnt werden, und eine schmutzige Hand wäscht die andre noch schmutzigere.

Zuletzt steigt auch der Einfluß des Judentums allmählich aus den Tiefen auf die politische Oberfläche empor. Es ist kein bloßer Zufall, daß der Agent

Rothschilds, der jüdische Bankier August Belmont (Schönberg) Jahrzehnte lang der Vorsitzende und Schatzmeister des demokratischen Nationalausschusses seiner Zeit war. Und es ist jedenfalls eine Wirkung dieser langjährigen Bekleidung des wichtigsten Amtes in der Leitung der demokratischen Partei, daß sein Sohn, Perry Belmont, schon vor Jahren nicht allein von einem der korrupten Tammany Hall-Wahlbezirke New-Yorks in den Kongreß geschickt und an die Spitze des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erhoben wurde, sondern daß er eben jetzt, trotz der Niederlage seiner Partei, als Vertreter der Vereinigten Staaten an den stolzen Hof von Madrid gehen wird, um dort einige Monate wenigstens seiner Eitelkeit Befriedigung zuzufächeln. Der Sohn des Rothschildschen Finanzjuden wird von den ältesten Adelsgeschlechtern Europas auf gleichem Fuße mit den übrigen Gesandten der Großmächte empfangen werden müssen!

Weihnachtsfest in einem Pfarrhause.

Von L. Budde.

(Schluß.)

Und der Sommer verrann. Fritz kehrte wieder in die Hauptstadt zurück, und bei seiner Abreise hatte der Pfarrer finster und verschlossen dreingeschaut. Jetzt saß er einsam in seiner Studierstube und wurde grau und alt. Um seine Augen legten sich tiefe Furchen, und der Ausdruck seines Gesichts war nicht mehr so fest und bestimmt, es war, als spielte sich ein heimlicher Kampf in seinem Innern ab und machte ihn unsicher.

Lise ging still und bleich im Hause umher. Der Vater konnte oft schweigend dasitzen und sie bekümmert anschauen. Plötzlich stand er auf, trat an sie heran und streichelte ihre Wange mit einem Ausdruck, als sehnte er sich darnach, ihr etwas zu sagen, aber es kam stets das eine oder das andre dazwischen und schloß ihm den Mund. Dann wandte er sich wieder ab und ging nicht wie sonst gen Osten, sondern nach Westen auf den Friedhof. Dort konnte er stundenlang sitzen, den Blick in die Ferne gerichtet, auf das unendliche Meer, in das die Sonne versank.

Unten im Garten schossen die jungen Bäume wilde Triebe, Nesseln und Unkraut wucherten üppig, und die Blumen der Pfarrerin erstickten darunter.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG